

N° 881.

ALLEMAGNE ET POLOGNE

Arrangement relatif à la suppression provisoire des doubles impositions, avec Annexe, signé à Dresde, le 21 mars 1923.

GERMANY AND POLAND

Arrangement concerning the Provisional Abolition of Double Taxation, with Annex, signed at Dresden, March 21, 1923.

TEXTE ALLEMAND — GERMAN TEXT.

No. 881. — DEUTSCH-POLNISCHE VEREINBARUNG¹ ÜBER DIE VORLÄUFIGE BESEITIGUNG VON DOPPELBESTEUERUNGEN, GEZEICHNET IN DRESDEN DURCH PROTOKOLL VOM 21. MÄRZ 1923.

Texte officiel allemand communiqué par le Consul général d'Allemagne à Genève². L'enregistrement de cet Arrangement a eu lieu le 26 mai 1925.

German official text communicated by the German Consul General at Geneva². The registration of this Arrangement took place May 26, 1925.

PROTOKOLL.

Anwesend :

Der Deutsche Bevollmächtigte, Ministerialdirektor im ¹Auswärtigen Amt, Karl von STOCKHAMMERN ;

Der Polnische Bevollmächtigte, Ausserordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister, Kazimierz OLSZOWSKI.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten des Deutschen Reichs und der Republik Polen haben folgendes voreinbart :

- I. Die Regierungen der beiden Staaten werden im Hinblick darauf, dass sich die Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrages zur Beseitigung von Doppelbesteuerungen noch geraume Zeit hinziehen können, zur Herbeiführung einer vorläufigen Regelung des Ausschlusses der Doppelbesteuerung autonome Anordnungen an ihre Finanzbehörden (nach Massgabe der diesem Protokoll beigefügten Anlagen) erlassen.
- II. Für die Handhabung dieser Anordnungen sind nachstehende Bestimmungen verbindlich :
 1. Bei Durchführung der beiderseitigen Anordnungen besteht volle Gegenseitigkeit.
 2. Der Widerruf der anliegenden Anordnungen durch den Finanzminister jedes der beiden Staaten ist nur nach vorangegangener Ankündigung zulässig, die spätestens drei Monate vor dem Widerruf zu erfolgen hat.
 3. Die Grundsätze, die in den anliegenden Anordnungen für den Vertrag zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in Aussicht genommen sind, sollen für beide Regierungen bei den späteren Verhandlungen in keiner Weise verbindlich sein.
 4. Die Bestimmung in II Nr. 4 der anliegenden Anordnungen soll ausser für die Einkommen- und Körperschaftssteuer auch für andere Abgaben, einschliesslich der Zwangsanleihe gelten.
Da von der Polnischen Regierung beabsichtigt ist, demnächst eine Zwangsanleihe oder eine entsprechende einmalige Vermögensabgabe einzuführen, wird den Personen,

¹ Cet Arrangement n'est pas sujet à ratification ; il est entré en vigueur le jour de sa signature.

² Vol. II, page 60 de ce Recueil.

¹ This Arrangement is not subject to ratification ; it came into force on the date of its signature.

² Vol. II, page 60 of this Series.

die nach dem deutschen Gesetz über die Zwangsanleihe zeichnungspflichtig sind, auf Antrag die Frist zur Zeichnung der Zwangsanleihe und zur Vorauszeichnung bis zum 31. Dezember 1923 verlängert, soweit die Zwangsanleihe für Grund- oder Betriebsvermögen zu zeichnen ist, das in Polen belegen ist.

5. Durch die Bestimmungen der anliegenden Anordnungen soll den Verhandlungen zwischen den beiden Staaten über die finanzielle Auseinandersetzung auf steuerlichem Gebiet aus Anlass des Übergangs der Staatshoheit nicht vorgegriffen werden.

6. Dauernder Aufenthalt, bezw. Aufenthalt im Sinne der Bestimmung unter II Nr. 2 Absatz 1 der anliegenden Anordnungen ist im Deutschen Reich ein Aufenthalt von mehr als sechs Monaten, in Polen ein Aufenthalt von mehr als einem Jahre.

- III. Die Anordnungen sind durch die Regierungen der beiden Staaten binnen vierzehn Tagen seit Unterzeichnung dieser Übereinkunft in Kraft zu setzen.
- IV. Die Anordnungen treten von selbst mit dem Inkrafttreten des später abzuschliessenden Vertrages zum Ausschluss der Doppelbesteuerung ausser Kraft.

DRESDEN, den 21. März 1923.

Der Bevollmächtigte des
Deutschen Reichs :

Gez. K. VON STOCKHAMMERN.

Der Bevollmächtigte der
Republik Polen :

Gez. KAZIMIERZ OLSZOWSKI.

ANORDNUNG

AN DIE LANDESFINANZÄMTER ZUR VORLÄUFIGEN BESEITIGUNG VON DOPPELBESTEUERUNGEN IM VERHÄLTNIS ZU POLEN.

- I. Bei den zurzeit schwebenden Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen über den Abschluss eines Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung haben die beiderseitigen Bevollmächtigten Grundsätze in Aussicht genommen, von denen beim Abschluss des Vertrages ausgegangen werden soll.
- II. Im Hinblick darauf, dass der Abschluss der Verhandlungen sich noch einige Zeit hinziehen kann, werden die Finanzämter unter der Voraussetzung der vollen Gegenseitigkeit und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs angewiesen, die Grundsätze schon jetzt in folgender Weise zu berücksichtigen :

1. Nach dem abzuschliessenden Verträge soll das Einkommen aus Grund- und Gebäudebesitz sowie aus Gewerbebetrieb und aus freier Berufstätigkeit nur in dem Staate zur Einkommen- und zur Körperschaftssteuer herangezogen werden, in welchem der Grund- und Gebäudebesitz liegt oder eine Betriebsstätte zur Ausübung des Gewerbes oder der freien Berufstätigkeit unterhalten wird.

Befinden sich Betriebsstätten desselben gewerblichen Unternehmens oder der freien Berufstätigkeit in beiden Staaten, so soll die Heranziehung zur Einkommen- und zur Körperschaftssteuer in jedem Staate nur nach Massgabe des von den inländischen Betriebsstätten aus stattfindenden Betriebes erfolgen.

Hiernach werden die Finanzämter angewiesen, die Veranlagung zur Einkommen- und zur Körperschaftssteuer auszusetzen, soweit diese Steuern auf Einkünfte aus in Polen belegtem Grund- und Gebäudebesitz oder in Polen unterhaltenen Betriebsstätten entfallen. Die für diese Einkünfte zu entrichtenden Vorauszahlungen sind auf Antrag zu stunden.

Betriebsstätte im Sinne dieser Anordnung ist jede feste örtliche Einrichtung, die der Ausübung des Betriebes eines stehenden Gewerbes oder einer freien Berufstätigkeit dient. Ausser dem Hauptsitz eines Betriebes gelten hiernach als Betriebsstätten: Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Ein- und Verkaufsstellen, Niederlagen, Kontore und sonstige zur Ausübung des Gewerbes oder der freien Berufstätigkeit durch den Unternehmer selbst, dessen Geschäftsteilhaber, Prokuristen oder andere ständige Vertreter unterhaltene Geschäftseinrichtungen.

2. Alles übrige Einkommen soll, unbeschadet der Bestimmung in Nr. 3, nur in dem Staate zur Einkommensteuer herangezogen werden, in welchem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen seinen dauernden Aufenthalt hat. Ist sowohl, im Deutschen Reich wie in Polen ein Wohnsitz gegeben (doppelter Wohnsitz), so soll die Heranziehung zur Einkommensteuer nur in dem Staate erfolgen, dessen Staatsangehörigkeit der Steuerpflichtige besitzt. Ist etwa neben dem doppelten Wohnsitz auch doppelte Staatsangehörigkeit gegeben, so unterliegt das Einkommen in jedem der beiden Staaten der Einkommensteuer nur zur Hälfte.

Im Falle der Verlegung des Wohnsitzes in den anderen Staat soll die Einkommensteuerpflicht mit Ende des Monats wegfallen, in dem die Verlegung des Wohnsitzes erfolgt.

Die Finanzämter werden angewiesen, die Veranlagung zur Einkommensteuer insoweit auszusetzen als diese auf Einkommen entfällt, das hiernach für den Fall des Zustandekommens des Vertrages von der Einkommensteuer im Deutschen Reich befreit sein würde. Vorauszahlungen für die hiernach von der Einkommensteuer im Deutschen Reich zu befreienden Einkünfte sind auf Antrag zu stunden. Bei Arbeitnehmern, die in Polen ihren Wohnsitz haben und im Deutschen Reich ihrem Erwerb nachgehen, ist von der Vornahme des Steuerabzugs vom Arbeitslohn abzusehen. Die Veranlagung, welche bei Wegfall des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vorzunehmen wäre, ist auszusetzen.

3. Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung des Einkommens aus Hypothekenforderungen und Kuxen, soweit dieses nicht zum Einkommen aus Gewerbebetrieb gehört, sollen, vorbehaltlich späterer Regelung im Doppelbesteuerungsvertrag, für die Übergangszeit die in beiden Staaten bestehenden gesetzlichen Vorschriften uneingeschränkte Anwendung finden.

4. Soweit sich im übrigen aus dem Umstande, dass Personen sowohl im Deutschen Reich als auch in Polen der Steuerpflicht unterliegen, besondere Härten ergeben, deren Beseitigung der Steuerpflichtige beantragt, so ist zu berichten, damit gegebenenfalls die Doppelbesteuerung im Wege besonderer Verhandlungen mit der Polnischen Regierung gemildert wird.

- III. Diese Anordnung gilt erstmalig bei der Veranlagung der Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 und bei der Veranlagung der Körperschaftssteuer für das Einkommen der nach dem 31. Dezember 1921 abgelaufenen Wirtschaftsjahre (Geschäftsjahre).
- IV. Wegen Einstellung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn gemäss II Nr. 2 ist alsbald das Erforderliche zu veranlassen.

ANORDNUNG

AN DIE FINANZKAMMERN ZUR VORLÄUFIGEN BESEITIGUNG VON DOPPELBESTEUERUNGEN IM VERHÄLTNISS ZUM DEUTSCHEN REICH.

- I. Bei den zurzeit schwebenden Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen über den Abschluss eines Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung haben die beiderseitigen Bevollmächtigten Grundsätze in Aussicht genommen, von denen beim Abschluss des Vertrages ausgegangen werden soll.

II. Im Hinblick darauf, dass der Abschluss der Verhandlungen sich noch einige Zeit hinziehen kann, werden die Finanzkammern unter der Voraussetzung der vollen Gegenseitigkeit und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs angewiesen, Anordnungen zu treffen, damit die Grundsätze schon jetzt in folgender Weise berücksichtigt werden :

1. Nach dem abzuschliessenden Verträge soll das Einkommen aus Grund- und Gebäudebesitz sowie aus Gewerbebetrieb und aus freier Berufstätigkeit nur in dem Staate zur Einkommensteuer herangezogen werden, in welchem der Grund- und Gebäudebesitz liegt oder eine Betriebsstätte zur Ausübung des Gewerbes oder der freien Berufstätigkeit unterhalten wird.

Befinden sich Betriebsstätten desselben gewerblichen Unternehmens oder der freien Berufstätigkeit in beiden Staaten, so soll die Heranziehung zur Einkommen- und zur Körperschaftsteuer in jedem Staate nur nach Massgabe des von den inländischen Betriebsstätten aus stattfindenden Betriebes erfolgen.

Hiernach werden die Finanzkammern angewiesen, die Veranlagung zur Einkommensteuer auszusetzen, soweit diese Steuer auf Einkünfte aus im Deutschen Reich belegtem Grund- und Gebäudebesitz oder im Deutschen Reich unterhaltenen Betriebsstätten entfällt.

Betriebsstätte im Sinne dieser Anordnung ist jede feste örtliche Einrichtung, die der Ausübung des Betriebes eines stehenden Gewerbes oder einer freien Berufstätigkeit dient. Ausser dem Hauptsitz eines Betriebes gelten hiernach als Betriebsstätten : Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Ein- und Verkaufsstellen, Niederlagen, Kontore und sonstige zur Ausübung des Gewerbes oder der freien Berufstätigkeit durch den Unternehmer selbst, dessen Geschäftsteilhaber, Prokuristen oder andere ständige Vertreter unterhaltene Geschäftseinrichtungen.

2. Alles übrige Einkommen soll, unbeschadet der Bestimmung in Nr. 3, nur in dem Staate zur Einkommensteuer herangezogen werden, in welchem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt hat. Ist sowohl im Deutschen Reich wie in Polen ein Wohnsitz gegeben (doppelter Wohnsitz), so soll die Heranziehung zur Einkommensteuer nur in dem Staate erfolgen, dessen Staatsangehörigkeit der Steuerpflichtige besitzt. Ist etwa neben dem doppelten Wohnsitz auch doppelte Staatsangehörigkeit gegeben, so unterliegt das Einkommen in jedem der beiden Staaten der Einkommensteuer nur zur Hälfte.

Im Falle der Verlegung des Wohnsitzes in den anderen Staat soll die Einkommensteuerpflicht mit Ende des Monats wegfallen, in dem die Verlegung des Wohnsitzes erfolgt.

Die Finanzkammern werden angewiesen, die Veranlagung zur Einkommensteuer insoweit auszusetzen, als diese auf Einkommen entfällt, das hiernach für den Fall des Zustandekommens des Vertrages von der Einkommensteuer in Polen befreit sein würde. Bei Arbeitnehmern, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz haben und in Polen ihrem Erwerb nachgehen, ist von der Vornahme des Steuerabzugs vom Arbeitslohn abzusehen. Die Veranlagung welche bei Wegfall des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vorzunehmen wäre ist auszusetzen.

3. Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung des Einkommens aus Hypothekenforderungen und Kuxen soweit dieses nicht zum Einkommen aus Gewerbebetrieb gehört, sollen vorbehaltlich späterer Regelung im Doppelbesteuerungsvertrag, für die Übergangszeit die in beiden Staaten bestehenden gesetzlichen Vorschriften uneingeschränkte Anwendung finden.

4. Soweit sich im übrigen aus dem Umstande, dass Personen sowohl im Deutschen Reich als auch in Polen der Steuerpflicht unterliegen, besondere Härten ergeben, deren Beseitigung der Steuerpflichtige beantragt, so ist zu berichten, damit gegebenenfalls die Doppelbesteuerung im Wege besonderer Verhandlungen mit der Deutschen Regierung gemildert wird.

III. Diese Anordnung gilt erstmalig bei der Veranlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1923.

IV. Wegen Einstellung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn gemäss II Nr. 2 ist alsbald das Erforderliche zu veranlassen.

¹ TRADUCTION.

No. 881. — ARRANGEMENT ENTRE L'ALLEMAGNE ET LA POLOGNE, RELATIF A LA SUPPRESSION PROVISOIRE DES DOUBLES IMPOSITIONS, AVEC ANNEXE, SIGNÉ A DRESDE, LE 21 MARS 1923.

PROTOCOLE.

Présents :

MM. Karl von STOCKHAMMERN, Directeur au Ministère des Affaires étrangères, Plénipotentiaire allemand, et
Kazimierz OLSZOWSKI, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Plénipotentiaire polonais.

Les Plénipotentiaires du REICH ALLEMAND et de la RÉPUBLIQUE POLONAISE, soussignés, sont convenus des dispositions suivantes :

- I. Etant donné que les négociations relatives à la conclusion d'une Convention portant suppression de la double imposition sont susceptibles de se prolonger encore pendant un certain temps, les Gouvernements des deux Etats, en vue d'obtenir une réglementation provisoire de la suppression de la double imposition, donneront à leurs administrations financières respectives des instructions autonomes, conformément aux Annexes au présent Protocole.
- II. L'application de ces instructions sera régie par les dispositions suivantes :
 1. Les instructions des deux pays seront appliquées sous condition d'une entière réciprocité.
 2. Le Ministre des Finances de chacun des deux Etats ne pourra annuler les instructions ci-jointes que moyennant préavis d'au moins trois mois.
 3. Les principes envisagés dans les instructions ci-jointes comme bases de la Convention portant suppression de la double imposition, ne lieront pas les deux Gouvernements au cours des négociations ultérieures.
 4. La disposition de l'alinéa 4 du paragraphe II des instructions ci-jointes ne s'appliquera pas seulement à l'impôt sur le revenu et sur les sociétés, mais encore à tous les autres impôts, y compris l'emprunt forcé.
Le Gouvernement polonais ayant l'intention d'émettre prochainement un emprunt forcé ou d'effectuer, en une seule fois, un prélèvement correspondant sur les fortunes, le délai pour la souscription à l'emprunt forcé et pour la souscription par anticipation, réservé aux personnes qui, d'après la loi allemande sur l'impôt forcé, sont tenues de souscrire, sera prolongé, à la demande desdites personnes, jusqu'au 31 décembre 1923, pour la portée de la souscription à l'emprunt forcé correspondant à des biens fonciers ou des exploitations situés en Pologne.
 5. Les dispositions des instructions ci-jointes ne préjugent pas du résultat des négociations d'ordre fiscal qui seront engagées entre les deux Etats à l'occasion du transfert de la souveraineté.

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 881. — ARRANGEMENT BETWEEN GERMANY AND POLAND, CONCERNING THE PROVISIONAL ABOLITION OF DOUBLE TAXATION, WITH ANNEX, SIGNED AT DRESDEN, MARCH 21, 1923.

PROTOCOL.

Present :

- M. Karl VON STOCKHAMMERN, Director at the Ministry for Foreign Affairs, German Plenipotentiary, and
M. Kazimierz OLSZOWSKI, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary, Polish Plenipotentiary.

The undersigned Plenipotentiaries of the GERMAN REICH and of the POLISH REPUBLIC have agreed upon the following provisions.

- I. The Governments of both States, considering that the negotiations for the conclusion of a Treaty for the prevention of double taxation are likely to be considerably prolonged, shall give independent instructions to their Finance Administrations in accordance with the Annexes attached to the present Protocol, with a view to arranging provisionally for the prevention of double taxation.
- II. The following regulations shall govern the application of these instructions .
- (1) Their application in both countries shall be subject to complete reciprocity.
 - (2) They shall not be withdrawn by the Minister of Finance of either of the two States, without three months' previous notice.
 - (3) The principles adopted in the attached instructions as a basis for the treaty for the prevention of double taxation shall in no way be binding on either Government in the subsequent negotiations.
 - (4) The provisions in paragraph II, sub-paragraph 4, of the attached instructions shall apply not only to income and corporation tax, but also to all other revenue including the forced loan.
Inasmuch as the Polish Government shortly intends to raise a forced loan or impose an equivalent single levy on capital, the time-limit for persons liable to subscribe under German Law shall, at their request, be prolonged until December 31, 1923, in respect of subscriptions to the forced loan or subscriptions in advance, in so far as the aforesaid subscriptions are due on landed or industrial property situated in Poland.
 - (5) The provisions of the attached instructions shall not prejudice the negotiations between the two States in regard to the financial arrangements concerning taxation arising out of the transfer of sovereignty.

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

6. Sera considérée comme résidence permanente ou résidence au sens de la disposition de l'alinéa 1^{er} du § II, N° 2 des instructions ci-jointes, dans le Reich allemand, un séjour de plus de six mois, et en Pologne, un séjour de plus d'un an.

- III. Les instructions devront être mises en vigueur par les Gouvernements des deux Etats dans les 14 jours qui suivront la signature du présent Protocole.
- IV. Les instructions cesseront automatiquement d'être applicables dès que la future Convention portant suppression de la double imposition entrera en vigueur.

DRESDE, le 21 mars 1923.

Le Plénipotentiaire du Reich allemand :
(Signé) K. VON STOCKHAMMERN.

Le Plénipotentiaire de la République polonaise :
(Signé) KAZIMIERZ OLSZOWSKI.

INSTRUCTIONS

AUX ADMINISTRATIONS FINANCIÈRES DES ETATS CONFÉDÉRÉS DU REICH AU SUJET DE LA SUPPRESSION PROVISOIRE DE LA DOUBLE IMPOSITION DANS LES RELATIONS AVEC LA POLOGNE.

- I. Au cours des négociations actuellement en cours entre le Reich allemand et la Pologne en vue de la conclusion d'un Traité portant suppression de la double imposition, les Plénipotentiaires des deux pays ont posé certain principes dont il y aura lieu de s'inspirer lors de la conclusion du Traité.
- II. Etant donné que les négociations sont susceptibles de se prolonger encore pendant un certain temps, les administrations financières, sous condition d'une entière réciprocité et sous réserve de contre-ordres qui pourront être donnés à tout moment, s'inspireront dès maintenant desdits principes, comme il est indiqué ci-dessous :

1. D'après le futur Traité, le revenu provenant, soit de biens fonciers et immobiliers, soit de l'exercice d'une profession industrielle ou commerciale, soit de l'exercice d'une profession libérale, ne doit être soumis à l'impôt sur le revenu et sur les sociétés que dans l'Etat sur le territoire duquel se trouvent les biens fonciers et immobiliers, ou un « établissement » (Betriebsstätte) servant à l'exercice d'une industrie, d'un commerce ou d'une profession libérale.

Lorsqu'une même entreprise industrielle ou commerciale, ou une personne exerçant une profession libérale possède des « établissements » sur les territoires des deux Etats, elle ne sera assujettie, dans chaque Etat, à l'impôt sur le revenu et sur les sociétés que pour les opérations effectuées dans les « établissements » situés sur le territoire de l'Etat respectif.

Pour l'assiette de l'impôt sur le revenu et sur les sociétés, les administrations financières ne tiendront par conséquent plus compte, des revenus provenant de biens fonciers et immobiliers situés en Pologne ou d'établissements (Betriebsstätten) que l'assujetti entretient en Pologne. A la demande de l'intéressé, un délai de payement sera accordé pour les versements par anticipation afférents auxdits revenus.

Sont considérés comme « établissements » (Betriebsstätten), au sens de la présente instruction, toutes installations permanentes locales qui servent à l'exercice d'une profession commerciale ou industrielle fixe ou d'une profession libérale. Outre le siège principal d'une exploitation, sont considérés comme « établissements » (Betriebsstätten) : les succursales, les ateliers de fabrication, les magasins d'achat et de vente, les dépôts

(6) Residence of more than six months in the German Reich and more than one year in Poland shall be considered permanent residence or residence within the meaning of paragraph II, sub-paragraph 2, of the attached instructions.

- III. The instructions shall be put into force by the Governments of both States within fourteen days after the signing of the present Protocol.
- IV. These instructions shall be automatically cancelled when the treaty for the prevention of double taxation which is subsequently to be concluded shall come into force.

DRESDEN, *March 21*, 1923.

The Plenipotentiary of the German Reich:
(Signed) K. VON STOCKHAMMERN.

The Plenipotentiary of the Polish Republic:
(Signed) KAZIMIERZ OLSZOWSKI.

INSTRUCTIONS

TO REVENUE OFFICIALS OF THE FEDERAL STATES OF THE REICH FOR THE PROVISIONAL PREVENTION OF DOUBLE TAXATION IN RELATION TO POLAND.

- I. During the negotiations now in progress between the German Reich and Poland for the conclusion of a treaty for the prevention of double taxation, the respective Plenipotentiaries have agreed upon certain principles which will be adopted in concluding the aforesaid treaty.
- II. Whereas the aforesaid negotiations may still be considerably prolonged, revenue officials are instructed, subject to complete reciprocity and subject to counter-instructions at any moment, to give effect to these principles forthwith in the following manner :

(1) In accordance with the proposed treaty, income derived from landed estates and buildings, from industrial undertakings, or from the exercise of a profession, shall be subject to income and corporation tax only in that country in which the estate and buildings are situated, or in which an establishment (*Betriebsstätte*) is maintained for carrying on the industry or profession in question.

If such establishments are maintained by the same industrial undertaking or person engaged in a profession in both States, the income and corporation tax shall be assessed in either State only on the business done by the establishment in each respective State.

Accordingly revenue officials are instructed no longer to assess income and corporation tax on income derived from landed estates and buildings situated in Poland, or from business establishments maintained in Poland. Upon request, a postponement shall be granted in respect of prepayments of the taxes on this income.

For the purpose of the present instructions, business establishments ("*Betriebsstätte*") shall mean all permanent places of business used for carrying on a fixed industry or profession. In addition to the headquarters of the enterprise the following shall also be considered as business establishments : branches, manufactories, agencies for purchase and sale, warehouses, offices and other premises used for carrying on the industry or

les comptoirs et autres installations entretenues en vue de l'exercice d'une industrie, d'un commerce ou d'une profession libérale, par l'entrepreneur lui-même, ses associés, fondés de pouvoirs ou autres représentants permanents.

2. Tous les autres revenus, sans préjudice de la disposition du N° 3, ne seront assujettis à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat sur le territoire duquel l'assujetti a son domicile et, à défaut de domicile, sa résidence permanente. Lorsqu'une personne possède un domicile dans le Reich allemand et en Pologne (Double domicile), elle ne sera assujettie à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat auquel elle ressortit. Dans le cas où une personne posséderait non seulement deux domiciles, mais encore, deux nationalités, l'impôt sur le revenu ne sera perçu, dans chacun des deux Etats, que sur la moitié du revenu de ladite personne.

En cas de transfert du domicile dans l'autre Etat, le contribuable cessera d'être soumis à l'impôt sur le revenu à la fin du mois au cours duquel le transfert du domicile aura eu lieu.

Les administrations financières ne tiendront dorénavant plus compte, pour l'assiette de l'impôt sur le revenu, de la partie du revenu qui serait exonérée de l'impôt sur le revenu dans le Reich allemand au cas où le Traité sus-mentionné serait conclu. A la demande de l'intéressé, un délai de paiement sera accordé pour les versements par anticipation afférents aux revenus qui, en vertu de la disposition précédente, ne devront plus être soumis dans le Reich allemand à l'impôt sur le revenu. Aucune déduction d'impôt ne sera plus opérée sur les salaires des employés ou ouvriers qui sont domiciliés en Pologne, et travaillent sur le territoire du Reich allemand. La disposition qui prescrit la déclaration du revenu dans le cas où l'impôt n'est pas déduit du salaire, ne sera pas applicable.

3. En ce qui concerne le régime fiscal des revenus de créances hypothécaires et de parts minières, qui ne rentrent pas dans la catégorie des revenus de professions commerciales et industrielles, les dispositions législatives en vigueur dans les deux Etats seront intégralement appliquées pendant la période transitoire, sous réserve d'un règlement ultérieur de la question dans le Traité concernant la double imposition.

4. Si le fait que certaines personnes assujetties à l'impôt tant dans le Reich allemand qu'en Pologne, entraîne des injustices particulièrement flagrantes dont le contribuable demande la suppression, un rapport devra être présenté afin qu'il soit possible, le cas échéant, de remédier à ces cas de double imposition par voie de négociations particulières avec le Gouvernement polonais.

- III. La présente instruction sera appliquée pour la première fois lors de l'établissement des rôles de l'impôt sur le revenu afférent à l'année civile 1922, et de l'impôt sur les sociétés, perçu sur le revenu des exercices (années commerciales) qui ont pris fin après le 31 décembre 1921.
- IV. Toutes les mesures nécessaires seront prises sans retard pour que l'impôt, conformément au § II, N° 2 ne soit dorénavant plus déduit du salaire.

INSTRUCTIONS §

AUX ADMINISTRATIONS FINANCIÈRES AU SUJET DE LA SUPPRESSION PROVISOIRE DE LA DOUBLE IMPOSITION DANS LES RELATIONS AVEC LE REICH ALLEMAND.

- I. Au cours des négociations actuellement en cours entre le Reich allemand et la Pologne en vue de la conclusion d'une Convention portant suppression de la double imposition, les Plénipotentiaires des deux pays ont posé certains principes dont il y aura lieu de s'inspirer lors de la conclusion du Traité.
- II. Etant donné que les négociations sont susceptibles de se prolonger encore pendant un certain temps, les administrations financières, sous condition d'une entière réciprocité et sous réserve de contre-ordres qui pourront être donnés à tout moment, s'inspireront dès maintenant desdits principes comme il est indiqué ci-dessous :

profession by the principal or his partners, authorised representatives or other permanent agents.

(2) All other income shall, except as provided in No. 3, be liable for income tax only in that State in which the taxpayer is domiciled, or in default of a domicile has his permanent residence. If he has a domicile both in the German Reich and in Poland (double domicile) he shall be liable to income tax only in the State of which he is a national. If, in addition to double domicile, he also possesses double nationality, the income tax shall only be assessed in each State on one half of his income.

In the case of transference of domicile to the other State, liability to pay income tax shall cease at the end of the month in which the transference of the domicile has taken place.

Revenue officials are instructed no longer to assess for income tax any income that would be free from income tax in the German Reich in the event of the proposed treaty's being concluded. On request, a postponement shall be granted in respect of all payments in advance on income that in the above eventuality would be free from income tax in the German Reich. No deductions for taxation shall be made from the wages of workers domiciled in Poland and going to work in the German Reich. No assessment such as would otherwise have been required in lieu of deduction from wages shall be made.

(3) As regards the taxing of income derived from mortgages and mining shares when the source of this income is not classed under industrial undertakings, the legal provisions in force in both States shall temporarily be fully applicable, without prejudice to any provisions that may be decided upon in the treaty concerning double taxation.

(4) Should special hardship arise from the circumstance that a person is liable to taxation both in the German Reich and in Poland, a report shall be made, at the request of the person concerned, in order that relief may, if possible, be given from such double taxation by means of special negotiations with the Polish Government.

- III. The present instructions shall only begin to apply in respect of the assessment of income tax for the calendar year 1922 and of corporation tax on the income of business years ending after December 31, 1921.
- IV. Steps shall immediately be taken, in conformity with paragraph II, sub-paragraph 2, to stop deductions from wages on account of taxation.

INSTRUCTIONS

TO REVENUE OFFICIALS FOR THE PROVISIONAL PREVENTION OF DOUBLE TAXATION IN RELATION TO THE GERMAN REICH.

- I. During the negotiations now in progress between the German Reich and Poland for the conclusion of a treaty for the prevention of double taxation, the respective Plenipotentiaries have agreed upon certain principles which will be adopted in concluding the aforesaid treaty.
- II. Whereas the aforesaid negotiations may still be considerably prolonged, revenue officials are instructed, subject to complete reciprocity and subject to counter-instructions at any moment, to give effect to these principles forthwith in the following manner :

1. D'après la future Convention, le revenu provenant, soit de biens fonciers et immobiliers, soit de l'exercice d'une profession industrielle ou commerciale, soit de l'exercice d'une profession libérale, ne doit être soumis à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat sur le territoire duquel se trouvent les biens fonciers et immobiliers ou un « établissement » (Betriebsstätte) servant à l'exercice d'une industrie, d'un commerce ou d'une profession libérale.

Lorsqu'une même entreprise industrielle ou commerciale, ou une personne exerçant une profession libérale, possède des « établissements » sur le territoire des deux Etats, elle ne sera assujettie, dans chaque Etat, à l'impôt sur le revenu et sur les sociétés que pour les opérations effectuées dans les « établissements » situés sur le territoire de l'Etat respectif.

Pour l'assiette de l'impôt sur le revenu, les administrations financières ne tiendront par conséquent plus compte, des revenus provenant de biens fonciers et immobiliers situés dans le Reich allemand, ou d'établissements (Betriebsstätten) que l'assujetti entretient dans le Reich allemand.

Sont considérés comme « établissements » (Betriebsstätten), au sens de la présente instruction, toutes installations permanentes locales qui servent à l'exercice d'une profession commerciale ou industrielle fixe ou d'une profession libérale. Outre le siège principal d'une exploitation, sont considérés comme « établissements » (Betriebsstätten) : les succursales, les ateliers de fabrication, les magasins d'achat et de vente, les dépôts, les comptoirs et autres installations entretenues en vue de l'exercice d'une industrie, d'un commerce ou d'une profession libérale, par l'entrepreneur lui-même, ses associés, fondés de pouvoirs ou autres représentants permanents.

2. Tous les autres revenus, sans préjudice de la disposition du N° 3, ne seront assujettis à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat sur le territoire duquel l'assujetti a son domicile et, à défaut de domicile, sa résidence. Lorsqu'une personne possède un domicile dans le Reich Allemand et en Pologne (double domicile), elle ne sera assujettie à l'impôt sur le revenu que dans l'Etat auquel elle ressortit. Dans le cas où une personne posséderait non seulement deux domiciles, mais aussi deux nationalités, l'impôt sur le revenu ne sera perçu, dans chacun des deux Etats, que sur la moitié du revenu de ladite personne.

En cas de transfert du domicile dans l'autre Etat, le contribuable cessera d'être soumis à l'impôt sur le revenu à la fin du mois au cours duquel le transfert du domicile aura eu lieu.

Les administrations financières ne tiendront dorénavant plus compte, pour l'assiette de l'impôt sur le revenu, de la partie du revenu qui serait exonérée de l'impôt sur le revenu en Pologne, au cas où le Traité sus-mentionné serait conclue. Aucune déduction d'impôt ne sera plus opérée sur les salaires des employés ou ouvriers qui sont domiciliés dans le Reich allemand et travaillent sur le territoire de la Pologne. La disposition qui prescrit la déclaration du revenu dans le cas où l'impôt n'est pas déduit du salaire, ne sera pas applicable.

3. En ce qui concerne le régime fiscal des revenus de créances hypothécaires et de parts minières qui ne rentrent pas dans la catégorie des revenus de professions commerciales et industrielles, les dispositions législatives en vigueur dans les deux Etats seront intégralement appliquées pendant la période transitoire, sous réserve d'un règlement ultérieur de la question dans le Traité concernant la double imposition.

4. Si le fait que certaines personnes assujetties à l'impôt tant dans le Reich allemand qu'en Pologne, entraîne des injustices particulièrement flagrantes dont le contribuable demande la suppression, un rapport devra être présenté afin qu'il soit possible, le cas échéant, de remédier à ces cas de double imposition par voie de négociations particulières avec le Gouvernement allemand.

- III. La présente instruction sera appliquée pour la première fois lors de l'établissement des rôles de l'impôt sur le revenu afférent à l'année fiscale 1923.
- IV. Toutes les mesures nécessaires seront prises sans retard pour que l'impôt, conformément au § II, N° 2, ne soit dorénavant plus déduit du salaire.

(1) In accordance with the proposed treaty, income derived from landed estates and buildings, from industrial undertakings or from the exercise of a profession, shall be liable to income tax only in that country in which the estate and buildings are situated, or in which an establishment ("Betriebsstätte") is maintained for carrying on the industry or profession in question.

If such establishments are maintained by the same industrial undertaking or person engaged in a profession in both States, the income and corporation tax shall be assessed in either State only on the business done by the establishment in each respective State.

Accordingly revenue officials are instructed no longer to assess income tax on income derived from landed estates and buildings situated in the German Reich, or from business establishments maintained in the German Reich.

For the purpose of the present instructions, business establishments ("Betriebsstätten") shall mean all permanent places of business used for carrying on a fixed industry or profession. In addition to the headquarters of the enterprise, the following shall also be considered as business establishments: branches, manufactories, establishments for purchases and sale, warehouses, offices and other places used for carrying on the industry or profession by the principal or his partners, authorised representatives or other permanent agents.

(2) All other income shall, except as provided in No. 3, be liable for income tax only in that State in which the taxpayer is domiciled, or, in default of a domicile, has his permanent residence. If he has a domicile both in the German Reich and in Poland (double domicile), he shall be liable to income tax only in the State of which he is a national. If, in addition to double domicile, he also possesses double nationality, the income tax shall only be assessed in each State on one-half of his income.

In the case of transference of domicile to the other State, liability to pay income tax shall cease at the end of the month in which the transference of the domicile has taken place.

Revenue officials are instructed not to assess for income tax any income that would be free from income tax in Poland in the event of the proposed treaty's being concluded. No deductions for taxation shall be made from the wages of workers domiciled in the German Reich and going to work in Poland. No assessment such as would otherwise have been required in lieu of deduction from wages shall be made.

(3) As regards the taxing of income derived from mortgages and mining shares when the source of this income is not classed under industrial undertakings, the legal provisions in force in both States shall temporarily be fully applicable, without prejudice to any provisions that may be decided upon in the treaty concerning double taxation.

(4) Should special hardship arise from the circumstance that a person is liable to taxation both in the German Reich and Poland, a report shall be made, at the request of the person concerned, in order that relief may, if possible, be given from such double taxation, by means of special negotiations with the German Government.

III. The present instructions shall only begin to apply in respect of the assessment of income tax for the financial year 1923 (fiscal year).

IV. Steps shall immediately be taken, in conformity with paragraph II, sub-paragraph 2, to stop deductions from wages for taxation.

